

ENERGIEPREISSTOPP JETZT!

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

ENERGIE MUSS BEZAHLBAR SEIN - RWE & CO. ENTEIGNEN!



Die Energiepreise explodieren. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder mit dem Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Für viele von ihnen stellt sich in diesem Winter die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Aber auch Normalverdiener bekommen zunehmend Probleme.

Die Energiepreise haben in den vergangenen Monaten die Inflationsrate in Deutschland nach oben getrieben. Egal ob Strom, Gas, Diesel oder Benzin, lange gab es nicht mehr derartige Preissteigerungen im Energiesektor. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes legten die Kosten im August 2021 zum Vorjahresvergleich um 12,6 Prozent zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57 Prozent, Kraftstoffe um 27 Prozent. Beim Erdgas betrugen die durchschnittlichen Kosten

eines Haushalts mit 20.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch laut Vergleichsportalen im Oktober 2021 durchschnittlich 1.402,- Euro pro Jahr, also rund 300,- Euro mehr als vor einem Jahr. Für Strom müssen die Verbraucher im Vergleich zum vergangenen Jahr 9,3 Prozent mehr zahlen. Das sind Durchschnittspreise, noch härter trifft es Menschen, die in den teuren Grundtarifen der Energieversorger landen.

Preiserhöhungen treffen Werktätige

Diese Preissteigerungen treffen einen Großteil der Werktätigen vor dem Hintergrund der seit mehr als zwei Jahren andauernden und durch die Pandemie verstärkten Wirtschaftskrise. Daran ändern auch die in den Medien gebetsmühlenartig wiederholten Berichte einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung nichts. Verschiedene

Analysen zeigen, dass sich die sozialen Ungleichheiten durch die Wirtschaftskrise in der Corona-Pandemie verschärft haben. Beschäftigte, die bereits vor der Krise niedrige Einkommen hatten, müssen erleiden stärkere Einbußen als jene mit höheren Haushaltseinkommen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Alte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund. Je geringer das Einkommen, desto größer waren und sind die Verluste.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages erklärte im November 2021: "Die hohen Energiepreise zum Beginn der kalten Jahreszeit machen uns Sorgen. Der Bund sollte die Betroffenen unterstützen – beim Strompreis und beim Wohngeld." Verena Bentele vom Sozialverband VDK ergänzte, dass

Sofortforderungen der DKP

- Verbot von Strom- und Gassperren
- Ja zur Millionärssteuer, Nein zur unsozialen CO2-Steuer
- Haushalte mit ALGII bzw. SG-BII- und SGBXII-Bezug, dem künftigen Bürgergeld erhalten einen Energiezuschlag
- Eine Subventionierung der Energiekonzerne ist umfassend (auch durch Steuerreduktionen) abzulehnen.
- Rabatte für Großverbraucher der Industrie werden eingestellt.

die Pandemie die Probleme noch verstärkt: "Die Menschen mussten mit ihren Kindern aus Infektionsschutzgründen lange zu Hause bleiben und haben deswegen natürlich mehr Energie verbraucht."

Energiepolitik für Konzerne

Die Ursachen für die

Preisexplosion für diese schon lange schwelende Energiekrise sind nicht die vermeintlichen mangelnden Gaslieferungen aus Russland oder die bösen OPEC-Staaten mir ihrer Preispolitik. Wer die vergangenen Jahrzehnte betrachtet, sieht ein Auf und Ab der Energiepreise, mal ist vom Mangel die Rede und dann wieder vom Überfluss. Auch Maßnahmen, die eine klimaschützende Energiepolitik einleiten sollen, haben damit nichts zu tun. In Wirklichkeit sehen wir hier die Auswirkungen des chaotischen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das schließlich an Profiten und nicht an Umweltschutz oder sozialer Sicherheit orientiert ist. Dafür steht auch die unsoziale CO2-Steuer, die Verbraucher belastet, obwohl sie wenig an ihrem Energieverbrauch ändern können.



Klimapolitik zu Lasten der Werktätigen

Die Gefahr, die sich aus Umweltzerstörung und Klimaveränderungen für die Existenz der Menschheit ergibt, ist real. Hierfür aber die Werktätigen und ihren Energieverbrauch verantwortlich zu machen, ist falsch. Falsch ist es auch, Massensteuern zu erheben, um den

Verbrauch zu senken und gleichzeitig den großen Konzernen Rabatte auf ihre energieintensiven Produktionen einzuräumen. Das alles ist nur eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Neue energiesparende Technologien sind vorhanden, sie müssen nur eingesetzt werden.

Es ist Zeit für eine sozialgerechte Energiewende. Kernpunkt ist die Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle. Weitere Informationen dazu:

www.energiepreisstopp-jetzt.de

Die DKP fordert einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle. Die Energieversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Energie muss bezahlbar bleiben

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung Zeitung der DKP

Wir schreiben dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne: Die UZ – Zeitung der DKP – sechs Wochen gratis Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch		
☐ Informationen über die DKP		
Name		
Vorname		
Straße, Hausnr.		
PLZ / Ort		
Telefon		
E-Mail		

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: Unsere Zeit Hoffnungstraße 18, 45127 Essen Tel.: 0201 - 17 78 89 15 E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Angesichts explodierender Energiepreise fordert die DKP einen gesetzlichen Energiepreisstopp, damit Familien im Winter nicht vor der Entscheidung stehen, ob sie hungern oder frieren müssen. Mit Ihrer Unterschrift können Sie die Kampagne unterstützen.

Ich fordere

- einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.

Vorname, Nachname	
Adresse	
Unterschrift	



Zurück an: DKP-Parteivorstand Hoffnungstraße 18, 45127 Essen E-Mail: pv@dkp.de

dkp.de